

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
3.80 Mark, durch die Post 1.45 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im am-
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Sonder-Zustellung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Halle-Zeitung“ gestattet.
Herausg. der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133/
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4605.

Morgen-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gepaltene Kolonelle
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-
net und in unseren Annoncenstellen
und allen Anzeigen-Beilagen ange-
nommen. Reklamen die Zeit 1 Wk.
Schluss der Anzeigen-Aufnahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abdrückun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Schäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 19.

Halle, Sonnabend, den 12. Januar

1918.

In Erwartung der neuen Kanzler-Rede.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 11. Januar, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

Wann spricht der Reichskanzler?

Berlin, 11. Januar. (Priv.-Tel.) Das parlamenta-
rische Gerücht, das dem Kanzler die Absicht zuschrieb, schon
morgen im Hauptauschuss sich vornehmen zu lassen, bekämpft
sich nicht. Ein Bestimmter Tag für die Rede des Reichs-
kanzlers steht überhaupt noch nicht fest. Sicher ist nur,
dass er im Laufe der nächsten Woche im Hauptauschuss über
die politische Lage, besonders über die Frage des Friedens,
reden wird. Es wird vermutet, dass der Kanzler zunächst
noch eine Erklärung eines leitenden französischen
Ministers abzuwarten wünscht.

Kühlmanns Triumph.

„Der demokratische Heuchler Wilson“.

Stockholm, 11. Januar. (Priv.-Tel.) „Dagblad“
sicht in der Entlassung, dass der Ort der Verhandlungen Brest-
Litovsk bleibt, einen großen Triumph für Kühlmann, da
durch der ganze Ansehens in der deutschen Presse über sich
erhebt. In einem Restartikel mit der Überschrift „Wilson
als der Verlierer des Krieges“ erwähnt die
selbe Zeitung, dass es nicht schwer sei, in Wilson einen de-
mokratischen Heuchler zu sehen. Ihn wies die Verant-
wortung für die Verlängerung des Krieges überhaupt, als
trotzdem einen anderen Staatsmann.

Die Hebereinstimmung zwischen Wilson und
Lloyd George.

WTB. Paris, 11. Januar. (Agence Havas.) Die Zeit-
ungen stellen fest, dass die Wortschatz Wilsons und die Rede
Lloyd Georges in völliger Hebereinstimmung stehen. „Matin“
schreibt: Die Alliierten hätten kundgegeben, wofür sie
kämpfen und unter welchen Bedingungen sie verhandeln
würden. Sie hätten ihre Forderungen aus Rede zu der
Wortwahl auf das Mindestmaß herabgedrückt, um denen sie
nichts abhandeln lassen würden. „Figaro“ meint, Wilson
gibt weit mehr als Lloyd George in den Einzelheiten der
Künftigen internationalen Organisation. Er zeige eine voll-
ständige Einigkeit der Alliierten über die Hauptpunkte.
„Summa“ erklärt, die Rede Wilsons sei der Ausgangs-
punkt für den demnächstigen Frieden und für die sichere
Wiederherstellung der Weltmacht.

Nordamerika muss sparen!

WTB. Washington, 11. Januar. (Reuter.) In-
folge der Schwermittelnlosigkeit in Europa beschließt die
amerikanische Regierung jetzt weitere 90 Millionen Dollar
Waffen auszugeben, obwohl der normale für die Ausfuhr
zur Verfügung stehende Heberschuss schon Mitte Dezember
verbraucht war. Des amerikanischen Volk wird aufgefordert
werden, zu sparen, um das Defizit wieder herabzubringen.
Es sind Schritte in Erwartung getroffen, durch die die Ver-
pflichtung zur Einzahlung weitaus mehrer Tage eingeführt und
die Verwendung von gemischtem Weizen und Weizenmehl vor-
geschrieben werden. Es werden alle Anstrengungen gemacht,
um die Lage in Europa zu erleichtern, selbst auf
die Gefahr hin, dass in Amerika vor der nächsten Ernte
Mangel an Mehl eintreten würde. Die Frage, ob durch die
neuen Anordnungen das Vertrauen der Alliierten über den
Transport amerikanischer Truppen beeinträchtigt wird, wird
in der Hauptsache den Alliierten selbst überlassen bleiben.
Einige Beamte der amerikanischen Regierung sind der Ansicht,
dass die Alliierten augenblicklich die Verpflegung von
Lebensmitteln der Verpflegung von Truppen vorziehen
würden.

Nordamerikas Vergewaltigung der nieder- ländischen Schifffahrt.

WTB. Amsterdam, 11. Januar. Aus Rotterdam
wird einem hiesigen Blatt gemeldet: Zu einer gestern im
Ministerium für auswärtige Angelegenheiten abgehaltenen
Besprechung, zu der auch alle Nieder, deren Schiffe in
Amerika festgehalten werden, eingeladen waren, wurde mit-
geteilt, dass die amerikanische Regierung folgende Bedin-
gungen gestellt hat: Ein Teil der niederländischen Schiffe
soll für die amerikanische Schiffsmission fahren, ein zweiter
Teil soll für die amerikanische Küstenschifffahrt verwendet
werden. Für diesen Bedingungen zugestimmt wird, würden
einige niederländische Fahrzeuge die Erlaubnis erhalten,

Benzin, Petroleum, Getreide und Viehfutter nach Holland
zu verfrachten. Die Unterhandlungen werden in
London fortgesetzt.

Wirkungen des letzten Fliegerangriffes auf London.

WTB. Berlin, 11. Januar. Wie aus London Be-
richtet wird, sind bei dem deutschen Fliegerangriff auf Lon-
don am 8. Dezember nach amtlichen Mitteilungen 99 Brände
ausgebrochen. Über 30 Gebäude wurden völlig vernichtet.
Der Polizeibericht verzeichnet 41 Tote und 102 Verwundete.
Ein englisches Marineflugzeug ist bei der Verfolgung der
Flieger westlich von Margate abgeschossen.

Leiden der Russen in Frankreich.

WTB. Bern, 11. Januar. Die russische Kolonie in
Bavanne erzählt aus zuverlässiger Quelle, dass die Russen
in Frankreich von der Bevölkerung als Besatzungsmächte
behandelt und in Bezug erklärt werden. Das Leben für sie
ist gegenwärtig in Frankreich ein wahres
Märtyrertum. Auch neuerdings wird berichtet, dass von den
russischen Hilfstruppen in Frankreich zahlreiche Mannschaften
ergriffen worden sind.

Folgeschwere Explosion einer Mine.

WTB. London, 11. Januar. Reuter meldet, dass sich
in Rochefort an der Küste von Herbedon eine ernstes
Unglück ereignete. Während eines heftigen Sturmes wurde
eine Mine gegen den Meer geworfen, welche explodierte.
Fünf Personen wurden sofort getötet, zwei erlitten später
ihre Wunden. 300 Verletzte wurden nach Herbedon ge-
bracht.

Annullierung der russischen Staatsschuld?

London, 11. Januar. (Priv.-Tel.) Reuter. Der
Petersburger Korrespondent des „Manchester Guardian“
meldet vom 8. Januar, dass die Volkskommission beschließen
in den nächsten Tagen ein Dekret zu erlassen, durch das
die russische Nationalschuld annulliert wird. Der Korrespondent
erzählt, dass das Dekret folgende Verfügungen enthalten
wird:

1. Alle Anleihen und Schuldscheine, die im Besitz von
Ausländern im Ausland oder in Russland sind, sind un-
gültig.
2. Anleihen und Schuldscheine im Besitz russischer Unter-
tanen, die mehr als 10000 Rubel Kapital besitzen, sind un-
gültig.
3. Anleihen und Schuldscheine im Besitz russischer Unter-
tanen, die ihr Kapital in russischen Anleihen angelegt haben,
die 1000 Rubel nicht überschreiten, werden mit 5 Proz. vom
Nominalewert verzinst; denen, die 10000 Rubel haben, wer-
den 3 Prozent ausbezahlt werden.
4. Arbeiter und Bauern, die russische Anleihen oder
Schuldscheine im Werte von 100 Rubel besitzen, können sie dem
Staate für 75 Prozent des Nominalewertes verkaufen; die,
welche 600 Rubel besitzen, für 70 Prozent.

Die Veränderungen in der britischen Admiralität.

Haag, 11. Januar. (Priv.-Tel.) Einem Leitartikel
der „Times“ zufolge sind die Veränderungen in der
Admiralität dadurch veranlasst worden, dass die Regie-
rung ebenso wie das Volk überzeugt waren, dass die veran-
wortlichen Männer nicht alles getan haben, was zur Ver-
meidung der U-Boote erforderlich war. Jetzt sei jüngeren
Männern Gelegenheit gegeben, zu zeigen, was sie können.
„Daily Telegraph“ vertritt dieselbe Ansicht.

Weitere Niederlage der Gegner der Sowjets.

WTB. Petersburg, 9. Januar. (T. A. M.) Die kräftig-
sten Bemühungen, die Macht der Sowjets zu brechen, haben
keinen Erfolg. Datum ist geschlagen worden und hat die
Flucht ergriffen. Er wird von Aufstellungen revolu-
tionärer Truppen und der roten Garde verfolgt. Die
Truppen Kaledins haben sich nach mehreren Nieder-
lagen zurückgezogen. Der Arbeiter- und Kolonnenrat
in Kowlow ist in Freiheit. Die Frontsoldaten sind gegen
Kaledin eingemommen. Kaledin verliert den Rückzug an-
zutreten. Seine nach dem Don abgedrückten Truppen
kehren um. Die Enttaltung der verbrüderlichen Be-
ziehungen zwischen der Koda, Kaledin, den Franzosen und
Amerikanern bei dem Waise die Augen über den verrä-
terlichen geöffnet, der mit dem Blute der ukrainischen Arbeiter,
Soldaten und Bauern getrieben worden. Die Macht der
Sowjets, die sich auf dem Kongress in Charkow gebildet
haben, gewinnt an Einfluss.
Der ukrainische Kriegsminister Petruschko hat sein K. A. A.
trittsgesuch eingereicht.

(Rechte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Verständigungsfrieden oder Entscheidungs- schlacht?

Von unserem Korrespondenten.

Bern, Anfang Januar.

Ueber die gegenwärtige Stimmung im Entente-Lager
lässt sich am besten sagen, dass sie völlig desorientiert
ist. Alle Begriffe, Erwartungen und Hoffnungen der Entente
sind durch den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu
Brest-Litovsk heillos verwirrt worden. Sowohl die militä-
rische wie die diplomatische Leitung der Alliierten ist
heute ratlos. Die alliierten Generalstäbe können sich nicht
verhehlen, dass die militärische Lage der Entente schlecht,
wenn nicht gar verheerend ist und dass die Seere der Alliierten
in Frankreich, Italien und auf dem Balkan ernstlich von
schweren Niederlagen bedroht sind; die Staatsmänner aber
merken mit Schrecken, welchen ungeheuren Einfluss die Brest-
Litovsker Friedensstühle auf ihre kriegerischen Völker ausübt,
und sehen sich im Neg ihrer eigenen heuchlerisch aufgestellten
Friedenstheorien gefangen, die in Wirklichkeit Eroberungs-
ziele verbergen, deren Verwirklichung jetzt militärisch wie
staatsmännlich nicht mehr möglich erscheint. Die Entente ist
nicht nur auf den Schlachtfeldern in Frankreich und Italien,
sondern auch am diplomatischen grünen Tisch in Brest-
Litovsk besiegten worden.

Von allen Entente-Ländern ist es heute zweifellos das
unter Clemenceaus Diktatur stehende Frankreich, das
am entsetzlichsten ist, den Verzichtszwang auf Tod
und Leben um die Wiederherstellung Elend-Vorbringens fortzusetzen.
Die Pariser Regierung — denn nur von ihr, nicht vom fran-
zösischen Volk, das den erlösenden Frieden herbeisehnt, ist
die Rede — wird in ihrem Kriegswillen durch den ameri-
kanischen Diktator Wilson bekräftigt, dessen ganze Friedens-
und Kriegspolitik ständig zusammenbrechen müsste, wenn ein
europäischer Frieden heute zustande käme. Die Alliierten
Staatsoberhäupter versuchen unangehörige Kriegsschiffe, und
die gallischen Staatsmänner versuchen ihr Volk durch den
Hinweis auf diese Hilfe zum Ausweichen anzuportieren. Cle-
menceau hat auf die Friedensvorschlüsse von Brest-Litovsk
mit der Wiederüberzeugung zweier alterer Jahresklassen ge-
antwortet, die mit dem Ausbau neuer Verteidigungslinien
hinter der gegenwärtigen französischen Front beschäftigt wer-
den sollen, für den Fall, dass die Seere Frankreichs vor der
mit bangen Ahnungen erwarteten deutschen Offensive den
Rückzug antreten müssen. Tatsächlich hätte die französische
Seerestoration es bisher verübt, ihre Aufnahmestellungen
dieser Art herzustellen, und erst jetzt, im Augenblick der
höchsten Gefahr, soll versucht werden, diese bedeutende
gallische Sorglosigkeit eifrig zuzugreifen. Mehr als 40000
Mann will Clemenceau an diesen neuen Verteidigungs-
werken arbeiten lassen, aber selbst in Entente-Ländern findet
man, dass reichlich spät mit dieser Arbeit begonnen wird.
Sicherlich verdrängen aber diese großartigen militärischen Vor-
sorgearbeiten den grimmigen Kriegswillen des großen Dikta-
tors, und solange er am Staatsruder bleibt, wird Frankreich
sich nur unter dem Zwang seiner Verbindungen zu Friedens-
verhandlungen bereit finden.

Ein Geheimnis, das in der ganzen Schweiz die wider-
spruchsvollen Kommentare ausfüllt, umgibt die Haltung
der Londoner Regierung*) zur Friedensfrage.
Vielen politischen Beobachtern will es scheinen, dass der
Kriegswille Lloyd Georges wechselfam Schwankungen
unterworfen ist, die auf starke Widerstände gegen die Weiter-
führung des Krieges im englischen Volk schließen lassen. Der
sonst so außerordentlich gewandte englische Premierminister
selbst hat offenbar in großer Verlegenheit, wie er seinen
nützlichen, kaufmännischen Landesleuten plausibel machen
soll, dass England sich mit der Erreichung seines eigentlichen,
oft veränderten Kriegsziels, der Räumung Belgiens, nicht
zufrieden geben kann und den Krieg fortzuführen muss, bis
die Elend-Vorbringen für Frankreich zurückerobert ist.
Für Elend-Vorbringen empfinden die Engländer nicht die
geringste Begeisterung, und eine Regierung, die ihnen zu-
sagen würde, sich für die Franzosen auf den Schlachtfeldern
Niederlande weiter zu opfern, müsste bald abgedrückt hüngen.
Dieses Erkenntnis dürfte Lloyd Georges Zurückhaltung er-
klären, die in hiesigen französischen Kreisen eine äußerst leb-
hafte Begeisterung hervorruft. Die Vermittlung zwischen
London und Paris ist, trotz hin und her wechselnder Neuheits-
wunder, und der Krieg erweitert sich merklich von Tag
zu Tag.

In Paris hat man allgemein, wie glaubwürdig erzählt
wird, die bestimmte Empfindung, dass England allmählich
von Frankreich abbrückt, und die Franzosen, von Clemenceau
streng im Artergeam gehalten, werden sich insoweit immer
immer rückhaltloser den Vereinigten Staaten in die
Arme, deren Staatsmänner und Soldaten sich erst noch un-
vergänglich kriegerischen Ruhm erwerben möchten, bevor
Europa den Segnungen des Friedens wiedergegeben wird.

*) Diese Artikel ist von dem Bekanntheiten der letzten Rede Lloyd
Georges an die englischen Wähler verfasst.

Am. d. Schriftleitung.

Präsident Wilson hat von einem Friedensschluß im gegenwärtigen Stadium des Krieges Schlimmes zu befürchten; nicht nur das Höchstgelegte derjenigen amerikanischen Bevölkerungsteile, die befreit werden, die Neutralität der Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, sondern auch die Vorwürfe der ihm näher stehenden Volksteile, daß er nicht früher, gleich nach der Verjagung der „Autokratie“, in den Krieg eintritt. Die Washingtoner Regierung ist befreit, unter allen Umständen die Fortführung des Krieges durchzuführen, um die von Neutralitäten sowohl wie Chancens nicht angegriffen werden zu rechtfertigen. Dieser Umstand muß vor allem anderen im Auge behalten werden bei der Beurteilung der Frage, ob heute ein Versuchungsfrieden über Europa aufzubauen, oder den Kisten, trotz ihrer Friedenssehnsucht, neue schwere Kämpfe auf neuen Schlachtfeldern bevorzugen.

Zentrumssturm gegen die Krematorien.

Ein Antrag auf Einstellung angenommen.
WTB. München, 11. Januar. In der heutigen Sitzung in der Kammer der Abgeordneten fand ein Zentrumsantrag betreffend die Einstellung von Leichenverbrennungs-Anstalten zur Beratung. In der Debatte wurde von sozialdemokratischer und liberaler Seite gegen den Antrag Stellung genommen. Der Minister des Innern von Preußen erklärte in seiner Darlegung die Unzulässigkeit der Frage und sagte, daß für die Staatsaufsichtsbehörden die Voraussetzungen zur Verfügung der Betriebsmittel nicht gegeben sei. Es sei Sache der Kommunalverbände, über die es erforderlich zu erachtende Betriebsmittel zu verfügen. Sodann wurde der Antrag gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten angenommen.

Für die Freilassung der Elsaß-Lothringer in Frankreich.

Deutsche Vorschlagsmaßnahmen.
Berlin, 11. Januar. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt unter der Überschrift „Für die Freilassung der Elsaß-Lothringer in Frankreich.“ Wie in der „Nord. Allg. Ztg.“ vom 19. Oktober mitgeteilt worden ist, werden von den französischen Behörden noch eine Reihe von Elsaß-Lothringern zurückgehalten. Die deutsche Regierung hat infolgedessen bei der französischen Regierung erneut ihre Forderungen geltend gemacht und darauf hingewiesen, daß eine längere Zurückhaltung der heimkehrberechtigten Elsaß-Lothringer als wünschenswert angesehen werden könnte. Die französische Regierung hat diese Forderungen unbeantwortet gelassen. Auch haben die französischen Unterhändler bei den im vorigen Monat in Bern geführten Verhandlungen über Gefangenentausch jegliche Zusprüche über die Freilassung der Elsaß-Lothringer rundweg abgelehnt. Die deutsche Regierung hat sich daher zu Vorschlagsmaßnahmen genötigt gesehen. Am 6. Januar hat die deutsche Regierung an den belgischen Behörden nach demselben Ziel zu handeln begonnen. Die Überführung von 400 Franzosen nach dem Gefangenentausch folgend wird folgen. Ihre Zurückführung wird erst stattfinden, wenn die französische Regierung die ihr durch neutrale Vermittlung bekanntgegebenen Forderungen erfüllt.

Der Beginn der Wahlrechtsberatung im Ausschuss.

Berlin, 11. Januar. Heute vormittag um 11 Uhr trat der vom Abgeordnetenausschuss zur Beratung der drei Vorlagen über das Landtagswahlrecht, über die Zusammenfassung des Herrenhauses und über die Abänderung des Stimmrechtes der beiden Häuser des Landtages einseitig ein. Der Ausschuss trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Von der Staatsregierung sind der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Minister des Innern Dr. Drosow, der Finanzminister Herrgert und der Justizminister Dr. Spahn sowie zahlreiche Kommissare erschienen.

Ein edles Frauenleben.

Novellen von A. Deutsch.

25. Fortsetzung.

XV.

Abdruck verboten.

Sie und Schnee waren gelchmolzen, Sonnenstrahlen hatten ihn aufgelöst, auch hatte er sich mit dem Strome vermählt, der jetzt klar und silberner im Frühlingstidee dahinspült. Die Bödenzüge der Karpaten hatten sich in die glänzendsten Farben gefolgt; violett, rotbraun, blau und grau schimmernde fe in das Band hinein, während von ihren Scheiteln der ewige Schnee leuchtete. Auf den Feldern sproßte die junge Saat, die Mattenrosen der Büsche hatten die braunen, haarigen Kelche gesprengt, und Blatt um Blatt schloß aus der engen Kugel dem Sonnenlicht entgegen.

Es war längst Frühling geworden, aber im Schloße rang noch immer ein junges Menschenleben mit dem Schatten des Todes und ahnte hinter den düsteren Fenstern weder blauen Himmel noch warme Frühlingstidee. Eine schwere Gehirnerkrankung war bei Elisabeth die Folge jener schrecklichen Nacht, und wochenlang mußte sie von der Außenwelt nichts. Die Krankheit war mit solcher Heftigkeit aufgetreten, daß der Arzt fast alle Hoffnung aufhob, und als ihre fröhliche Natur endlich doch dem Dämon des Todes durchbrach, nannte er die Genesung ein Geschenk des Himmels. Elisabeth genas, aber sehr langsam, denn nicht nur diese Krankheit war zu überwinden, ihre Beine hatten durch den Sturz sehr gelitten, eine Schwäche und Schwere war in ihnen zurückgeblieben, die sie lange am Gebrauch des Gehens hinderte.

Gräfin Helene wußte, was das Unglück angerichtet, aber nicht, wodurch es entstanden. Wiso, der den Wortwechsel im Wagen gehört und, obwohl er den Inhalt nicht verstand, sich doch die Sache nach seiner Weise zurechtlegte, schloß wie das Grab darüber. Er sagte nur, der Graf hätte aufgeführt und der Wagen wäre gestürzt. Die Gräfin konnte ihren Sohn gar nicht darüber zur Rede stellen, er war die ersten Tage selber in einem Zustand, der ebenfalls den Ausdruck einer Krankheit befürchtete. Es trat zwar ein betrübtes nicht ein, seine Natur war zu kräftig, auch war es keine vollständige geistliche Erstarrung als eine Erstarrtheit seiner physischen Kräfte, obwohl

Die weiteren Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Troth über den Protest des Generals Hoffmann. — Die Schwächung Rußlands und die Hoffnung auf die revolutionären Kräfte.

Weber den Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk wird weiter gemeldet:

Nachdem Staatssekretär von Rühlmann mit Zustimmung der Versammlung erklärt hatte, daß die Präliminarfrage (Die Frage der belagerten ukrainischen Divisionen) vorerst zwischen den Delegierten der Verbündeten beraten werden würde und ihre weitere Erörterung im Plenum vorbehalten bleibe, ergriß der erste Delegierte der russischen Delegation, Herr Troth, das Wort und erklärte einleitend, er halte es für notwendig, vorerst ein Mißverständnis zu beseitigen, das sich in die Verhandlungen eingeschlichen habe. Die russische Delegation wolle sich, daß das offizielle in deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1917 in dem Teil, in welchem die Rede des Vorstehenden der russischen Delegation wiedergegeben worden sei, dementsprechend, was sich in dieser Sitzung ereignet habe. Was das der russischen Delegation gänzlich unbekannt, nämlich aber fiktive Telegramm der Brest-Litowsker Telegraphenagentur anlangend, auf welches sich die deutsche Presse und der Staatssekretär von Rühlmann berufen hätten, so müsse die russische Delegation hierüber zunächst Erklärungen einbringen.

Herr Troth gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß dieses Mißverständnis, das in seinem Zusammenhang mit den Arbeiten der Delegation liege, eingetreten sei. Was den von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterzogenen

Protest des Generals Hoffmann gegen Artikel in der Presse, Kaufsprüche, Aufreue um, betreffend, so müsse er erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstandes noch der Charakter der Friedensverhandlungen die Freiheit der Presse und des Wortes begrenzen. Nach diesen Vorbemerkungen wies Herr Troth auf den Inhalt der von den Vorstehenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen ein und führte aus:

„Fürs erste befähigen wir, daß wir im vollen Einvernehmen mit dem vorher gefassten Beschluß die Friedensverhandlungen weiter führen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Wünsche der Entente annehmen oder nicht. Wir nehmen die Erklärung der Delegierten des Verbundes zur Kenntnis, daß die Grundlagen des allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 25. Dezember formuliert waren, jetzt hinzufügen werden, da die Länder der Entente während der zehnjährigen Zeit sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben. Wir unterziehen uns daher den von uns formulierten Grundlagen des demokratischen Friedens.“

Was den russischen Vorschlag auf Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet anlangt, so sei dieser auf den Wunsch zurückzuführen, die beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Rußlands nehme übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Stadt anführe, zumal es sich hier um das Schicksal lebendiger Völker handele.

Die technischen Schwierigkeiten, welche das Verlegen der Verhandlungen auf neutrales Gebiet

Der Ausschuss beschloß, die Vorlage zwei Lesungen zu unterwerfen und zunächst

eine allgemeine Besprechung aller drei Vorlagen durchzuführen. Der Berichterstatter untersuchte historisch und kritisch den Werdegang des preußischen Landtagswahlrechts. Er

mit sich bringe. Wenn die russische Delegation ebenjoviel weiter gehen lassen, wie die Forderung nach Wahrung der Entente, gegen die sich Rußland selbst zu schütten wisse. Unter Hinweis auf die von der maximalistischen Regierung bisher konsequent verfolgte Friedenspolitik und die von ihr bewiesene Unablenkbarkeit, bemerkte Herr Troth weiter, er habe absolut keine Gründe, anzunehmen, daß die Diplomatie der Entente auf neueren Höhen gegen den Frieden mit größerem Eifer als Verhandlungspartner, als in Petersburg, gegenüber der vom Vorstehenden der österreichisch-ungarischen Delegation ausgeprochenen Befürchtung, die Regierungen Englands und Frankreichs könnten vor wie hinter den Kulissen versuchen, das Zustandekommen des Friedens zu verhindern, halte ich es für nötig, zu erklären, daß

die maximalistische Politik ohne Kulissen auskomme, da diese Waise der alten Diplomatie durch das russische Volk zusammen mit vielen anderen Dingen im Reichlichen Auslande des 25. Oktober angehängt worden sei.

Wenn also nach Ansicht der russischen Delegation technische und politische Umstände des Schicksals des Friedens nicht unbedingt an Bedingungen als Verhandlungspartner künftigen, so vermag die russische Delegation nicht an einem anderen, vom Reichstatter erwähnten Argument noch herzugehen. Gemeint ist jener Teil der Rede des Grafen Serling, in der dieser außer auf das gute Recht und das lokale Gewissen auch auf

die Machtstellung Deutschlands hingewiesen habe. Die russische Delegation habe weder die Möglichkeit noch die Absicht, zu betreiben, daß ihr Band durch die Politik der bis vor kurzem herrschenden Klassen geschwächt sei; aber die Wiedereinstellung eines Landes werde nicht durch den augenblicklichen Stand seines technischen Apparates bestimmt, sondern auch durch die ihm innewohnenden Möglichkeiten, wie ja auch die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht nur nach dem heutigen Stande seiner Verfügungsmittel beurteilt werden könne. Ebenso wie die große Revolution des 18. Jahrhunderts die schaffenden Kräfte des deutschen und des französischen Volkes zum Leben gewacht habe, so seien durch die große Revolution in Rußland die schaffenden Kräfte des russischen Volkes gewacht und entfaltet worden. Aber die russische Regierung habe an die Spitze ihres Programms das Wort „Friede“ geschrieben, und die hohen Sympathien, welche das russische Volk den Vätern der Verbündeten entgegenbringe, zeigten es in dem Bewußtsein, daß die russische Revolution der auf die Verständigung der Völker begründet sein werde, zu erreichen. Im den Wünschen des Verbundes um den Bau eines Abrüstungs- und Friedensverbandes aus technischen Gründen zu entstehen, nehme die russische Delegation die Forderung an, in Brest-Litowsk zu bleiben.

Sie bitte in Brest-Litowsk um keine Möglichkeit in dem Kampfe um den Frieden ungenutzt zu lassen. Zudem die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet verzichte, beantrage sie zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen. Auf Vorschlag des Vorstehenden wurde dann beschlossen, am Nachmittag zwischen den Delegationen Deutschlands und Oesterreich-ungarns einerseits und Rußlands andererseits eine interne Beratung anzustellen.

Legte die Hauptunterschiede der Vorlage gegenüber dem jetzigen Zustande dar. Seine Betrachtungen über das Verhältnis des Landtagswahlrechts zum Reichstagswahlrecht führten ihn zu dem Schluß, daß die Frage des Wahlrechts in seinem Zusammenhang mit der Staatsreform liege. Er schloß, die in den Republiken Hamburg, Bremen, und

Wale ihr Zimmer verließ und in den Garten geführt wurde. Zwischen zwei Balkenbäumen, deren dichtes Laub seinen Sonnenstrahl durchließ, stand eine Bank, mit Rosen belegt, darauf ließ sie sich nieder. Die Datta umhüllte sie sorgsam mit warmen Decken und ließ sie bald annehmen. Und so lag sie da und blickte nach dem blauen Himmel, mit einem Gefühle, als sähe sie ihn zum ersten Male, und atmete mit solchen Jüden die weiche, würzige Luft ein, wie etwa ein Gefangenener, der lange das Sonnenlicht entbehrt. Und von der stillig erquickenden Empfindung erweiterte sich ihre Brust, frischer floß der Strom des Lebens durch ihr Herz, ihre Augen trau ein heller Glanz, und ein helles, helles Rot in ihre bleichen Wangen. Die Balken des Schloßes hatten sich mit Giebel und wildem Wein umspannen, Rosen und Weiden blühten zu des Wädhens Füßen, die Räume des Parkes rauchten grünend zu ihr hinüber und aus der Ferne wintre ihr Liebsteinsanblitz, das Karpatengebirge.

Sobald oben auf einem Balkone, ganz von wildem Wein überdeckt, stand Graf Genz und sah auf Elisabeth herüber. Er war den Tag vorher im Schloße angelangt, sein Versehen war während der ganzen Zeit ein derartig schlechtes und sein Benehmen so verächtlich, daß es seine Vorgesetzten auf ihn aufmerksam machte, und der Regimentsarzt, eine schwere Krankheit befürchtend, ihm einen normalen Urlaub erlaubte. Nach einer fast viermonatigen Abwesenheit sah er Elisabeth wieder; ihn übermüdete der Anblick der geliebten Züge, zugleich erschütterte ihn aus tiefster ihr liebes, trankes Weidit.

Nach einer kurzen Zeit verließ er den Balkon und betrat ungehört durch eine Seitentür den Garten, es trieb ihn mit unausprechlicher Gemut zu ihr hin, sie um Vergebung anzusuchen für das lange schwere Leben, das er über sie gebracht; er fand aber nicht den Mut dazu. So wagnerte er den Garten nach allen Seiten; wie aber die Magnetenadel nur nach einer Richtung freit, so zog es ihn immer wieder nach dem Punkte hin, wo sie lag. In kurzer Entfernung lag gegenüber dem Hause zwischen blühenden Rosenbüschen, von einer Palme überhöht, die Statue eines lebenden Knaben, an diese dachte er sich und sah zu ihr hinüber. Er hätte sie den heißen Strom, der aus seinen Augen ging. Sie lag auf, gewachte ihr und ein helles Rot trat in ihr Gesicht. Sie war nicht überlastet, ihn zu sehen, denn sie wußte, daß er gekommen war.

(Fortsetzung folgt.)

und es ist ein gleiches Maßrecht unbekannt, während es in lübbischen Monarchien besteht. Die in den letzten Jahren vorgenommene Maßreform habe in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten aus in verschiedenen Auslandsstaaten aus allgemeinen, direkte und geheime Maßrecht herbeigeführt, in Mittel- und Vorderasien zum Beispiel nach das Allgemeine und direkte oder nicht das gleiche Maßrecht. Abgesehen von den Vereinigten Staaten von Nordamerika sei der Einfluss der zweiten Kammer überall weit stärker als der der ersten Kammer.

Der erste Sprecher der konventionellen Partei

richtete an die Staatsregierung die Anfrage, weswegen sie nicht die drei Vorlagen in einen organischen Zusammenhang gebracht habe. Wenn die Volkserziehung auch in zwei Kammern zerfällt, so sei sie doch eine einheitliche, und deshalb müßte die Vorlage durch ein Maßgesetz verbunden werden. Nur nach genauer Prüfung der Wirkung der Maßreform auf das Herrenhaus und auf das gesamte Staatsleben könnte die konventionelle Partei zu einem bestimmten Entschluß kommen. Das Zweikammernsystem sei das richtige, weil es den Ausgleich zwischen schnell aufstrebenden Wünschen und der wohl begründeten Erfahrung im staatlichen Leben erhalte. Wenn die Volkserziehung nicht radikalisiert werde, müsse man sich die Frage vorlegen, wie dann die Bedürfnisse des Staates in kultureller und finanzieller Beziehung dauernd erfüllt werden könnten.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte darauf, daß die Regierung den Standpunkt der konventionellen Rednerin innewortet, daß auch sie die drei Vorlagen als ein organisches Ganzes betrachte. Die Staatsregierung würde kaum dem einen Gesetz zustimmen geneigt sein, wenn nicht auch über die anderen eine Entscheidung erzielt sei. Gewiß brauche Preußen ein Zweikammernsystem. Rame die Reform des Abgeordnetenhauses aus, die das Herrenhaus aber nicht, so würde ja das Zweikammernsystem bleiben, die Erste Kammer würde dann sogar ein konservativeres Element darstellen als in der Form, die ihr durch die Regierungsvorlage gegeben werden soll. Wenn der Ausschuss

eine engere Verbindung

der drei Vorlagen wünschen sollte, so würde die Regierung den nicht entgegenstehenden sei, aber nicht unbedingt notwendig, dies durch ein organisches Maßgesetz herbeizuführen, sondern es würde die Bestimmung genügen, daß das eine Gesetz ohne die anderen nicht in Kraft treten könne.

Die Kriegsziele Balfours.

Rotterdam, 11. Januar. Balfour hielt in Edinburgh eine Kriegsziele, in der er u. a. sagte: „Was steht dem Frieden im Wege? Es ist die Tatsache, daß die Kriegsziele der einander bekämpfenden Parteien offenbar nicht miteinander zu veröhnen sind. Durch die Bekanntheit unserer Kriegsziele und die Bewegung des Friedens, die auch nur zu wissen, müssen wir, daß unsere Feinde die gegenseitige Ziel kämpfen, wofür wir kämpfen. Wir wissen jetzt, daß die deutsche Jugend zur Schlachtant geführt wird, der deutsche Handel in der ganzen Welt gefährdet wird, die deutschen Finanzen immer tiefer in den Sumpf geraten — um zu verhindern, daß das Unrecht, das 1871 begangen wurde, gut zu machen, um zu verhindern, daß Belgien wieder in den Zustand versetzt werde, in dem sein Vorname es vordand, als es seine Grenzen verlor; und zu verhindern, daß das große Meer der Welt in sich selbst eingezogen wird, ein großes Unrecht, das 1792 von dem Vorkämpfer des jetzigen Deutschen Kaisers verübt wurde, das große Unrecht der Teilung Polens, wieder gutzumachen. Wenn man Mesopotamien den Türken wieder zurückliefert, wenn man Jerusalem wieder unter die Gewalt von Konstantinopel brückt, wenn man Griechenland den zurückgibt, die es verriet, wenn man verhandelt, daß Rumänien, Serbien und Montenegro für ihre Leiden entschädigt werden, dann würde man es kaum unmöglich machen, daß jene nationalen Elemente, die schon allzu lange unter den deutschen Begriffen von Kultur und Verwaltung litten, ihr eigenes Leben nach ihren eigenen Traditionen führen dürfen. Das aber sind unsere Ziele. Um diese zu verhindern, will Deutschland jetzt die Welt im Krüge erhalten, so daß das Blut wie Wasserströme sich weiter ergießt und die Neutralen ebenfalls leiden wie die Kriegführenden.“

Der neue Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Am Montag abend trat der im Dezember begründete neue „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ zum ersten Male mit einer großen, eindrucksvollen Versammlung unter Leitung seines Vorsitzenden, Professor C. Franke von der Gesellschaft für Sozialreform, vor die breite Öffentlichkeit. Wie bekanntgegeben wurde, haben die Leitung des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, die Generalkommission der (sozialdem.) Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der Christ- und Sozialdemokraten, die Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände, die soziale Arbeitergemeinschaft der Arbeiter deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter, der Leipziger Verband deutscher Handlungsgehilfen und der Verein der Deutschen Bauernvereine gemeinsam den neuen Bund ins Leben gerufen, der also von vornherein eine organisierte Masse von 4 Millionen Beamten, Angestellten und Arbeitern hinter sich hat. Aus diesem Mitgliederbestand ergibt sich, daß wirtschaftliche Fragen im Vordergrund der Bundesbestimmungen stehen. Sofortige innerpolitische Erneuerung, freihändlerischer Ausbau der staatlichen Einrichtungen ist die Bundeslosung. Um sie durchzuführen, wird eine allseitige Zusammenfassung aller Bestrebte bis zur Beschaffung des Bestimmungswillens der Reiche Deutschlands und ein Frieden erstritt, der dauerhaft ist, Rechtsfrieden und Handelsfrieden sichert und Gerechtigkeit, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Gerechtigkeit und des Rechts stellt. Damit ist der Weg gebahnt zu den Bestrebungen der Vaterlandspartei vor sich gegeben. Er wurde denn auch von den Rednern des Abends, dem Unterstaatsprofessor Dr. Treusch, dem Reichstagsabg. Legien und dem christl. Arbeiterführer und Herrenhausmitglied Siegerwald in einer, das Gemeinsame der Bestrebungen nicht völlig dem Auge fassenden Form herausgearbeitet. In der Hauptsache aber führten die Redner vor der großen Versammlung die Gründe aus, die nach ihrer Überzeugung eine Zusammenfassung und gegenseitige Durch-

bringung freihändlerischer Entwicklung und vaterländischer Gewinnung zur Notwendigkeit für Gegenwart und Zukunft maßgebend. In einer Entschlossenheit sollte die Versammlung ihren Willen zusammen, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre freudige Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern, die Verfassungsreformen in Preußen ohne Beschleppung durchzuführen, die Koalitionsfreiheit und das Vereinsrecht gleichlich sicherzustellen, Arbeitstammern einzurichten und eine Vertretung der Beamten in den geeigneten öffentlichen Körperschaften herbeizuführen. Wir lehnen“, heißt es zum Schluß, „einen Verzicht auf eben diese Erfolge ab, wie einen Verzicht auf einen Verzicht auf die Kämpfe in sich birgt, wir wollen einen Frieden, der die Verteidigung der Ehre, Leben und Gesundheit unseres Volkes sichert, unbeschadet etwa zu vereinbarender Grenzveränderungen, von gemeinsamen Gebietserweiterungen und Kriegsentwässerungen absteht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahr.“ Der Bund, der kein parteipolitisches Gebilde sein will, wird in Werbevereinigungen und Jungbünden unter den Parteien Anhänger sammeln. Er vertritt, daß er die notwendige Einheit und Geschlossenheit in der deutschen Volks mit allen geeigneten Mitteln fördern will.

Deutsches Reich.

Der Pour le Mérite für Staatssekretär von Capelle.

WTB. Berlin, 11. Januar. Dem Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral von Capelle ist durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 9. d. M. der Orden Pour le Mérite verliehen worden.

Tirpitz über die Niederrückung Englands.

Köln, 11. Januar. In einer Unterredung, die er dem Berliner Vertreter der „Allg. Ztg.“ zu den Verhandlungen in Breit-Platz gewährte, äußerte sich Großadmiral v. Tirpitz zur politischen Lage und erklärte u. a. auf die Frage, ob wir England zum Frieden zwingen können, oder zu diesem Ende noch einen unabsehbaren Krieg führen müßten, folgendes:

„Für mich und alle Stellen, die wirklich in diese Frage eingedrungen sind, unterliegt es keinem Zweifel, daß wir England zwingen können, wenn wir mit dem U-Boot-Krieg die Stange halten, und zwar zwingen können in absehbarer Zeit. England ist ein so mächtiges Schiffbau- und Seemacht, daß es das erkennen muß, was es selbst ganz genau. Je näher der Augenblick rückt, der es zwingen muß, nachzugeben, desto größer wird vielleicht das englische Unrecht sein. Das darf uns nicht irre machen. Wir können bis dahin aushalten. Natürlich müssen wir den Willen dazu haben und die entsprechende Politik treiben. Ich trauere den Deutschen auf dem Gebiete der Politik ja allerdings, aber das möchte ich doch nicht für möglich halten, daß wir uns auf einen Waffenstillstand einlassen, der unsere U-Boot-Waffe lahmlegt.“

Ausland.

Gegen die Kriegsbeteiligung Portugals.

Nach einer Meldung der „Allg. Ztg.“ von der Schweizer Grenze erhielt ein portugiesischer Großindustrieller, der sich in Paris aufhielt, einen Brief aus Lissabon, der die Gerüchte über neuerdings in Portugal ausgebrochene Kämpfe bestätigte. In Lissabon sollen in den letzten Tagen schwere Kämpfe stattgefunden haben. Der „Tempo“ gibt zu, daß die Auswanderbewegung in Lissabon sich gegen die Teilnahme Portugals am Kriege richtet.

Untergang eines englischen Hospitalschiffes.

London, 10. Januar. Renter meldet amtlich: Das englische Hospitalschiff „Kenna“ wurde torpediert und sank am 4. Januar gegen Mitternacht im Britischen Kanal auf dem Heimwege zum Gibraltar. Alle Besatzungsmitglieder auf dem Hospitalschiff wurden gerettet. Die Verluste betragen drei Mann der Besatzung. Drei Passagiere werden vermisst. Das Schiff fuhr mit allen Rüstern und mit den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen Signalen. Es befand sich nicht in dem Sperrgebiet, wie es in der Erklärung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 festgelegt worden ist. Dazu bemerkt das WTB: Da die U-Boote, die hierfür in Frage kommen könnten, zurzeit noch in See sind, können sich die zuständigen Stellen, wie wir hierzu erfahren, noch nicht abschließend äußern. Es wird von unrichtiger Stelle aber für ausgeschlossen gehalten, daß das Schiff durch ein Unterseeboot torpediert worden ist. Demnach kann nur eine Verletzung durch Minen in Frage kommen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 12. Januar 1918.

Die Ergänzung der heimischen Landwirtschaft durch die Koloniale.

Vortrag von Prof. Bohlmann.

Die Sorge um die Deckung unseres Bedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die in Friedenszeiten zu einem Viertel durch die Einfuhr aus fremden Ländern gedeckt werden mußte, hatte einen der besten Kenner der Kolonialwirtschaft, den Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle, Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Bohlmann, veranlaßt, in einem Vortrage, den er im Hofsaal des Landwirtschaftlichen Instituts vor Mitgliedern verschiedener Vereine hielt, die Ergänzung der heimischen Landwirtschaft durch die Koloniale zu erörtern. Denn obwohl die deutsche Landwirtschaft sich auf außerordentliche Stärke entwickelt hat, so ist sie doch nicht imstande, den Gesamtbedarf des Deutschen Reiches an landwirtschaftlichen Erzeugnissen vollständig zu decken, selbst wenn noch alles verfügbare Land in Reize urbar gemacht wird, wenn wir weiter in der Kriegszeit aus größerer Sparsamkeit und Einfachheit befehligen. Wir müssen also einen Teil unseres Bedarfs auch ferner durch Einfuhr uns beschaffen. Und da trat nun der Redner selbst dafür ein, daß wir unsere Kolonien wieder erhalten, die unsere gelamte Einfuhr decken können. Wenn wir in unsern von 16 Millionen Eingeborenen bewohnten Kolonien nur 2 Millionen Hektar Land jährlich mit anderthalb Millionen Arbeitern bebauen, so können wir

daraus unsern gesamten Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die wir im Inlande nicht mehr zu ernten vermögen, selbst decken.

In einzelnen führte Herr Geheimrat Prof. Dr. Bohlmann an etwa folgendes aus: Mit der Entlassung der Submarine wurde Neuland aus einem Agrarland mit mehr ein Fruchtbarkeit. Aber auch die Landwirtschaft selbst hat sich gewandelt. Der Roggenbau nahm ab, der Weizenbau zu, auch das Weizenland nahm ab, dagegen nahm die Viehzucht zu. Nur der Getreidebau hatte einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, auch der Viehzucht ging etwas zurück. Mit der Verkleinerung des Ackerlandes nahm der Anbau der Hackfrüchte zu, der der Getreidebau dagegen ab. Auch der Obstbau ist ganz erheblich zurückgegangen. Ebenso sind die Fruchtflüsse außerordentlich zurückgegangen ist. Die Ackerfrüchte, die wir nutzen, reichen bei weitem nicht aus, um uns mit genügenden Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen. 1918 hatten wir einen Gesamtbedarf im Werte von etwas über 18 Milliarden Mark, wovon für 4,7 Milliarden Mark aus dem Auslande eingeführt werden mußten. Statt der 26 Millionen Hektar deutschen Ackerlandes könnte man künftig vielleicht 25 Millionen bebauen, wenn Döden und Moore kultiviert werden, aber das reicht nicht aus, um den Bedarf der bisherigen Einfuhr zu decken. Inzwischen bestimmter Grenzschutz für die gewisse Ertragssteigerung erzielen. Auch der Viehzucht hat sich erheblich vermehrt. Aber die Viehzucht ist auch sehr viel anpruchsvoller geworden, so daß sich vieles aus dem Auslande eingeführt werden mußte. Mit unserer Leistungsfähigkeit im Getreidebau und in der Viehzucht stehen wir gegenüber dem Auslande auf einer recht hohen Stufe, wie der Vortrage an einer graphischen Darstellung folgend nachwies.

Trotz dieser günstigen Erfolge steht für Mensch und Vieh und Submarine aber noch sehr vieles, das wir brauchen. Auf den Kopf der Bevölkerung müssen jährlich für 71,5 Mark eingeführt werden. Wir sind also in ungeheurer hohem Grade abhängig von der Einfuhr aus dem Auslande. Auch ist eine große Anzahl von Submarinen mit ihren Arbeitern abhängig von der Sicherheit der Zufuhr von Rohstoffen aus dem Auslande. Darum liegt die Frage so: was wird nach dem Kriege? Wenn wir den Krieg verlieren, so geht die deutsche Volkswirtschaft dem Verfall entgegen und Millionen Deutsche werden auswandern. Aber auch wenn wir siegen, werden wir uns bescheiden müssen, sparsamer und einfacher zu leben, wir werden schärfer werden müssen. Aber dennoch können wir, wie noch immer unter unsrerer Führung Bedarfs nicht erparen, höchstens 10 Proz. des Abzugs muß eingeführt werden.

Einen großen Teil unseres Bedarfs können wir jetzt aus Übersee aus dem Osten decken. Aus den Dniepropoln, menschenarmen Gegenden können wir allerdings erst viel später etwas erwarten. Auch bei Polen dürfen wir unsere Hoffnungen nicht zu hoch spannen. Aus Rumänien dürfen wir einige Millionen Tonnen Getreide erwarten. Aus Bulgarien und Serbien haben wir nicht viel Früchte zu erwarten, um so mehr aber aus Rußland. Aus Übersee werden wir nicht mehr erwarten, weil es an Schiffen fehlt und weil unsere letzten Gänge sich selbst erst mit Rohstoffen verlieren werden. Die Zeit ist nun, daß wir eine Kulturfindung werden. Die Türken lassen sich von heute ab morgen nicht zu einem Erwerbsschritt machen. Zudem kann uns die Türkei die ersten Kolonialstoffe, wie Kaffee usw., überhaupt nicht liefern, weil Land und Klima dort sich hierfür nicht eignen. So ist es erforderlich, daß wir eigenen Kolonialbesitz erwerben, der uns unabhängig macht vom Rohstoffbezug aus anderen Ländern. Mit 3 Millionen Hektar anbaubaren Landes in unseren Kolonien können wir unseren ganzen Bedarf an Kolonialfrüchten decken. Erforderlich hierfür sind anderthalb Mill. Arbeiter, die aus der 16 Millionen schätzenden einheimischen Bevölkerung leicht entnommen werden können. Unsere Kolonialwirtschaft bildet eine ganz ausgezeichnete Ergänzung unserer heimischen Landwirtschaft, der die koloniale Wirtschaft angegliedert werden muß. Die Grundlagen der tropischen Landwirtschaft sind so vielfältig, daß eine große Zahl neuer Fragen auftaucht. Der wissenschaftliche Landwirt von heute sollte den Kolonien einen Besuch abstaten, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.

Die koloniale Landwirtschaft ist ein Gebiet, auf der wir Deutschen bahnbrechend werden können. Es erfordert unsere Ehre und Pflicht, auch im Ausbau unserer Kolonialwirtschaft hinter anderen Völkern nicht zurückzuführen. Deutschland hat bei Erwerbung seiner Kolonien niemandem beinträchtigt, es ist berechtigt, Kolonien zu besitzen.

Zulagen an Renten-Empfänger.

Wie schon kurz mitgeteilt, hat der Bundesrat über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrenten aus der Invalidenversicherung Beschluß gefaßt.

Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankrente bezieht, also auf der Roll eine Renten-Zulage mit dem Buchstaben J (gelbes Papier) oder K (hellblaues Papier) vorzeigen muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich eine Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Waisenrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Zulage mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage.

Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Bundesversicherungsanstalt über der Kasse, von der er eine Rente bezieht, durch die Behörde ausbezahlt. Der Empfänger muß sich nach rechtsig eine besondere Zulage besorgen, die bei der Stelle, die ihm die Bescheinigungen auf der Renten-Zulage erteilt, erhalten kann. Auch die Zulage auf dem Zulageausweise bereit halten.

Die Beglaubigung der von dem berechtigten Empfänger ausgefüllten und unterschriebenen Zulagen geschieht in einfacher Weise durch Aufzeichnung eines öffentlichen Siegels.

Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erhalten; die Zulage kann aber nachträglich gestrichelt werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1918 gefällte Beiträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt.

